
Parteilose in der Kommunalpolitik

Eine Untersuchung bei Mitgliedern von Schweizer Gemeindeexekutiven¹

Hans Geser / Urs Meuli
Soziologisches Institut der Universität Zürich
2010/2011

6. Kapitel: Wer sind die Parteilosen?

Der zunehmende Einbezug von parteilosen Kandidaten wirkt sich in vielfältiger Weise darauf aus, aus welchen Segmenten der (stimmfähigen) Bevölkerung sich die Exekutivmitglieder rekrutieren. Auf der einen Seite könnte sich das Rekrutierungsfeld – vor allem in traditionelleren Kommunen - auf diejenigen verengen, die – wie z. B. alteingesessene Honoratioren – keiner Wahlhilfe durch eine Partei bedürfen, da sie in ihrer Wohngemeinde über hinreichend Sozialprestige und informelles Einflusskapital verfügen. Andererseits könnte aber auch eine Ausweitung auf marginalere soziale Gruppen erfolgen, die – wie z. B. Neuzugezogene, Nichterwerbstätige, jüngere Kohorten oder Personen mit geringer Formalbildung – bekanntermassen weniger geneigt sind, politischen Parteien beizutreten und in diesen langfristig aktive Rollen zu übernehmen. Dieser Unterschied mag vor allem in grösseren Gemeinden deutlich hervortreten, wo Parteigebundene ein Exekutivamt oft erst nach langer Tätigkeit in Vereinsämtern und Spezialkommissionen (gewissermassen als Krönung ihrer lokalpolitischen Karriere) erringen, während Parteilose oft Quereinsteiger sind, die relativ ungeachtet ihrer vorangegangenen Tätigkeiten gewählt werden, da niemand anders verfügbar ist, oder da sie zufällig über eine gerade jetzt nachgefragte Qualifikation verfügen.

6.1 Anteil der Frauen

Die Frauenförderungsprogramme der Parteien haben sich bisher meist auf die Verteilung partei-interner Ämter und die Listen für die Parlamentswahlen beschränkt, während sie in Gemeinden oft daran scheitern, dass – vor allem bei kleiner Bevölkerungszahl – nicht genug Kandidierende weiblichen Geschlechts zur Verfügung stehen, oder weil Frauen weniger häufig die geforderte „Ochsentour“ auf sich nehmen, die erst nach längeren Dienstjahren in Parteiämtern zu einem Exekutivmandat führt. So beschränkt sich der Frauenanteil in Gemeinden unter 2000 Einwohnern bei den bürgerlichen Gruppierungen bis dato auf gut einen Sechstel, und selbst bei den Sozialdemokraten nur auf gut 20% (Tab. 6.1).

Unter diesen restriktiven Bedingungen ist es nicht überraschend, dass eine Ausweitung des Rekrutierungsfelds auf Parteilose die politischen Mobilitätschancen der Frauen offensichtlich deutlich erhöht. Vor allem in Kleingemeinden liegt der Frauenanteil bei den Parteiungebundenen signifikant höher als in allen bürgerlichen Parteien. Selbst die sozialdemokratischen Sektionen liegen nur in Gemeinden mit über 2000 Ew. leicht höher (ohne dass der Unterschied die statistische Signifikanzgrenze überschreitet) (Tab 6.1).

¹ Die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsberichts stammen aus dem Projekt : „Gemeindepolitik ohne Parteien?“, das der Schweiz. Nationalfonds vom 1. April 2008 bis zum 31. Sept. 2011 finanziell unterstützt hat (Projekt Nr. 100012-120614).

Tabelle 6.1: Frauenanteil unter den Exekutivmitgliedern: nach Parteirichtung und Gemeindegrösse

Einwohnerzahl der Gemeinde:	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
-500	23	15**	12**	09**	07**	21	15
501-1000	27	18**	19*	18*	14**	20	17
1001-2000	28	22**	22	19**	19*	22	24
2001-5000	27	22	19*	23	17**	32	24
5001-10000	24	24	24	26	16	32	16
Total	25	21**	20**	21**	15**	29*	21*
N =	2538	4805	1348	959	789	690	342

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

Allerdings fügen sich die parteilosen Frauen nahtlos in die konventionellen Rollenmuster ein, indem sie – noch ausgeprägter als in den anderen Parteien – bevorzugt die Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsaufgaben übernehmen, die Finanz-, Bau-, Werk- und Sicherheitsressorts hingegen zu über 80% den Männern überlassen und auch relativ selten – aber immerhin viel häufiger als in der CVP und SVP - das ehrenhafte Gemeindepräsidentenamt innehaben (Tab 6.2).

Tabelle 6.2: Frauenanteil unter den Exekutivmitgliedern: nach Parteirichtung und Ressort

	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
Präsident	18	12**	13*	08**	13**	23	11
Finanzen	15	12	11	10	09	29**	14
Bauwesen	11	10	12	09	05*	18*	11
Werke	09	10	06	13	09	16	24*
Sicherheit	13	14	13	10	09	25	13
Soziales	54	42**	46*	40**	40	39**	44
Bildung	42	34*	29*	36	31	40	30
Gesundheit	59	38*	30*	71	18**	57	40

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

Bei einer Aufgliederung nach Alterskohorten zeigt sich, dass sich der Vorsprung der Parteilosen gegenüber den bürgerlichen Parteien auf alle Jahrgänge erstreckt (Tab 6.3). Besonders auffällig (infolge der geringen Fallzahlen aber nicht signifikant) sind die Differenzen innerhalb der ältesten Rentnergeneration, die bereits bei Einführung des Frauenstimmrechts

Tabelle 6.3: Frauenanteil unter den Exekutivmitgliedern: nach Parteirichtung und Alter

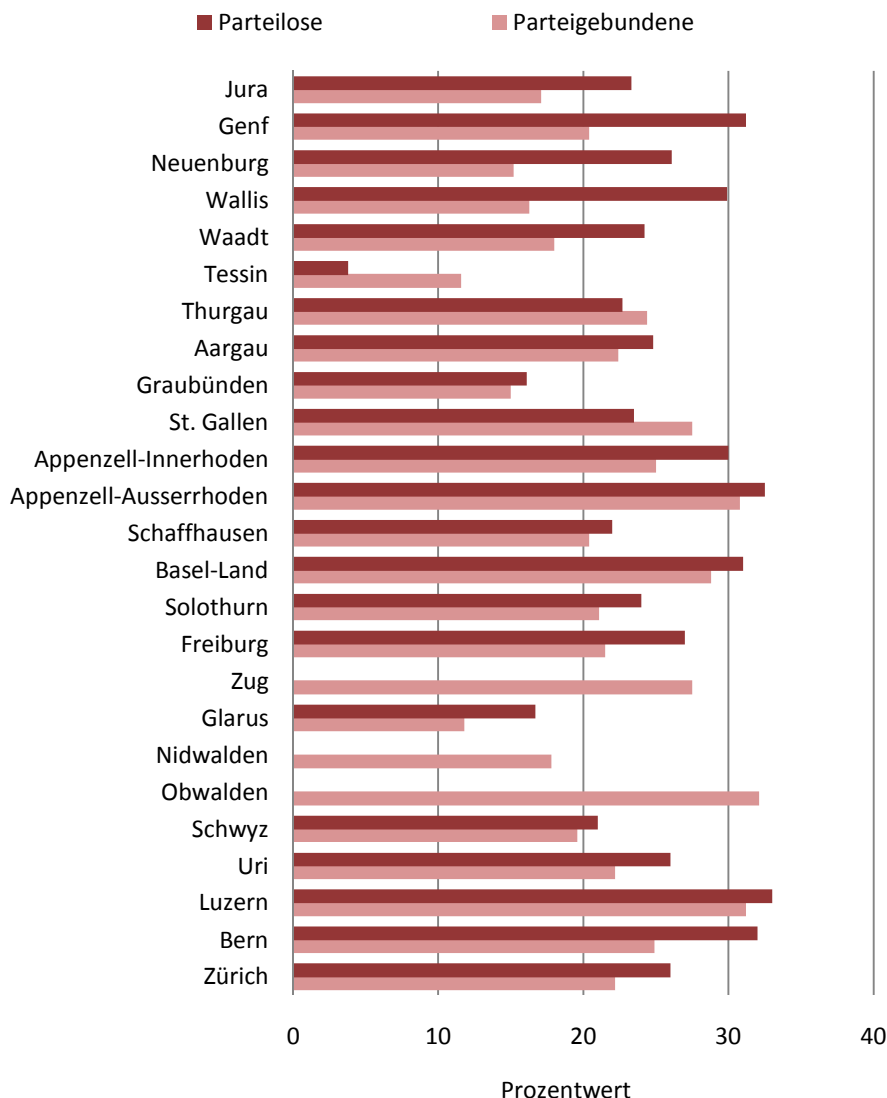
	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
-34	27	20	21	21	13	16	0*
35-44	27	22*	20	25	15**	33*	27
45-54	28	25*	23*	24	17**	32	26
55-64	22	19*	18*	14**	15*	30	17
65+	15	9	10	05	03*	11	08
Total	25	21**	20**	21**	15**	29*	21*
N =	2538	4805	1348	959	789	690	342

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

(1971) politisch aktiv war und innerhalb der selbst in der Sozialdemokratie noch heute zu fast 90% die Männer dominieren.

Ein Vergleich zwischen den Kantonen zeigt, dass sich der Frauenvorsprung bei den Parteilosen auf nicht weniger als 19 von 23 Ständen erstreckt und im französischen Sprachraum eine deutlichere Ausprägung als etwa in der Zentral- und Ostschweiz besitzt. Im auffälligen Gegensatz dazu steht das Tessin, wo die – bisher bescheidene – neuere Öffnung für Parteilose offensichtlich dazu geführt hat, die bereits in den Parteien aussergewöhnlich hohe Männerdominanz noch zusätzlich zu verstärken (Figur 6.1).

Figur 6.1: Durchschnittlicher Frauenanteil an den Exekutivmitgliedern : nach Kantonen



6.2 Altersverteilung

Während Jungpolitiker sich meist auf überlokalen Ebenen (z. B. in den jeweiligen Jugendorganisationen ihrer Partei, in Umweltverbänden oder gar internationalen NGO's) engagieren, bleibt die Übernahme von Gemeindeämtern meist Bürgern und Bürgerinnen aus mittleren Altersgruppen überlassen, die sich beruflich und familiär in einer konsolidierten Position befinden und sich z. B. aus Rücksicht auf ihre schulpflichtigen Kinder – langfristig an ihrem aktuellen Wohnort niedergelassen haben. Weil die Gemeinde für ihre Behördemitgliedern meist eine strikte Residenzpflicht fordert, bildet diese stabile Wohnsituation eine *conditio sine qua non*, um für eine Legislaturperiode (oder länger) ein lokales Amt zu übernehmen.

Wer als Parteivertreter ein Exekutivmandat anstrebt, wird vor allem in grösseren Gemeinden sich zuerst in parteiinternen Ämtern oder in Spezialkommissionen „hochdienen“ müssen. Damit mag er ein höheres Alter erreichen als ein Parteiloser, dem keine derart institutionalisierten Karrierewege vorgeschrieben sind. Umgekehrt haben Parteien dank ihren Ressourcen und ihrer Reputation allerdings auch die Möglichkeit, auch jüngeren Kandidaten, die in der Gemeinde noch wenig bekannt sind, zur Wahl zu verhelfen – während ein Parteiloser vielleicht länger an seiner persönlichen öffentlichen Sichtbarkeit und Reputation arbeiten muss, um ohne eine solche Hilfestellung eine hinreichende Stimmzahl zu erzielen.

Die Ergebnisse zeigen, dass gewöhnliche Exekutivmitglieder ungeachtet ihrer Parteibindung rund 50 Jahre alt sind, während Gemeindepräsidenten auf ca. 3-5 zusätzliche Lebensjahre zurückblicken können und in grösseren Gemeinden gar ein Durchschnittsalter aufweisen, das nicht allzu weit von der Pensionsgrenze liegt (Tab. 6.4).

Tabelle 6.4: Durchschnittsalter parteigebundener und parteiloser Exekutivmitglieder: nach Gemeindegrösse und Stellung in der Exekutive

	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
Präsidenten	53	53	53	53	54	55	56	57	56	57
Gewöhnliche Mitglieder	50	48	50	49	50	49	51	51	52	51
N =	442	1134	684	743	1141	472	1572	261	710	38

Tabelle 6.5: Verteilung der Exekutivmitglieder auf verschiedene Alterskategorien: nach Gemeindegrösse.

Alter:	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-34	8	6	6	6	4	3	4	2	3	0
35-44	23	32	24	29	24	26	20	21	15	18
45-54	34	37	39	40	42	44	40	42	37	37
55-64	25	20	24	23	25	23	30	28	37	37
65+	10	6	7	4	5	5	5	7	8	8
N =	442	1134	684	743	1141	472	1572	261	710	38
Chi2 (sign.)	21.86 (.000)		10.18 (.019)		1.29 (.432)		6.348 (.090)		7.631 (.053)	

Ein genauerer Blick auf die Altersverteilung unterstützt allerdings die Hypothese, dass Parteilose es zumindest in Kleingemeinden unter 1000 Ew. etwas leichter haben, ihr Ziel in relativ jungen Jahren zu erreichen: denn im Vergleich zu den Parteivertretern haben grössere Prozentanteil von ihnen die Schwelle von 45 Jahren zum Erhebungszeitpunkt noch nicht überschritten (Tab. 6.5). Allerdings könnte dieses Ergebnis allein darauf beruhen, dass die Rekrutierung von Parteilosen in den letzten Jahren stark zugenommen hat, so dass die meisten älteren Mandatsträger noch die Epochen, in denen die Parteien die Rekrutierung kontrolliert haben, repräsentieren.

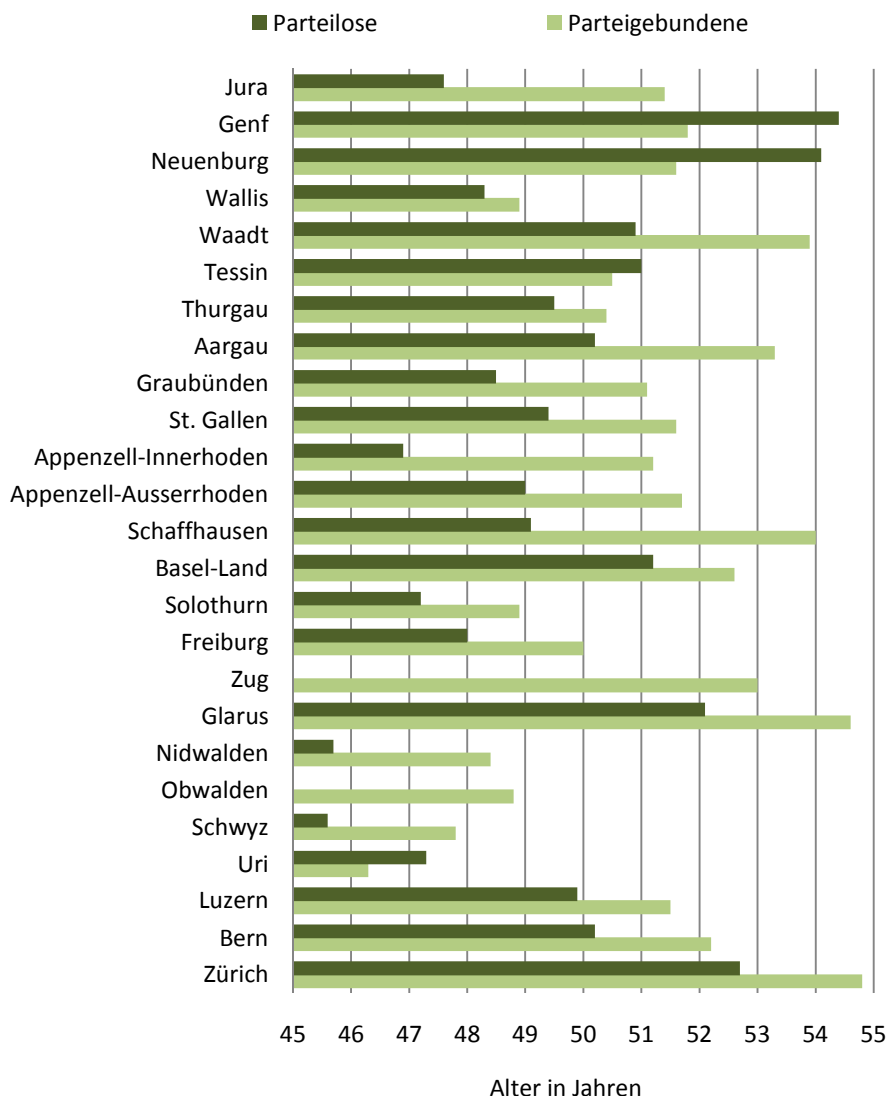
Aus Tabelle 6.6 geht hervor, dass sowohl Präsidenten wie gewöhnliche Mitglieder sowie Frauen in gleicher Weise wie Männer von denen Mobilitätschancen profitieren.

Tabelle 6.6: Altersverteilung parteigebundener und parteiloser Exekutivmitglieder: nach Gemeindegrosse, Stellung in der Exekutive und Geschlecht

Alter	Präsidenten				Gewöhnliche Mitglieder			
	Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-34	1	2	2	0	4	5	5	6
35-44	9	22	12	17	23	31	23	31
45-54	54	35	37	38	46	44	40	38
55-64	31	33	40	36	24	18	26	20
65+	5	8	9	9	2	2	6	5
N =	128	86	919	398	933	584	2978	1556
Chi2 (sign.)	11.86 (.020)		11.18 (.018)		15.29 (.004)		43.36 (.000)	

Beim Kantonsvergleich fällt auf, dass die Urkantone die jüngsten kommunalen Leitungsgremien aufweisen, während in Zürich, Glarus, Neuenburg und Genf vergleichsweise gerontokratische Verhältnisse herrschen. Die Regel, dass Parteilose etwas jünger sind, wird nur von zwei Ständen (Uri und Tessin) durchbrochen. Überall sonst besteht ein signifikanter Altersabstand, der in den beiden Extremfällen von Appenzell-Ausserrhoden und Schaffhausen den Umfang von vier Lebensjahren (!) überschreitet (Figur 6.2).

**Figur 6.2: Durchschnittliches Alter der Exekutivmitglieder:
nach Parteizugehörigkeit und Kantonen**



6.3 Bildungsniveau

Man könnte vermuten, dass sich die Parteilosen vor allem aus den Angehörigen höherer Ausbildungsschichten rekrutieren, weil man – da sie bezüglich politischer Motivation und Erfahrung wenig anzubieten haben – um so mehr Wert darauf legt, dass sie über besonders hohe Qualifikationen und Kenntnisse verfügen. Unabhängig davon wäre denkbar, dass parteilose Kandidaten mit hoher Bildung besonders gute Wahlchancen besitzen, da sie über ein hohes Sozialprestige verfügen und deshalb weniger auf Parteiunterstützung angewiesen sind.

Im Widerspruch dazu steht allerdings die Erfahrung, dass konkurrierende Parteien Wert auf die Nomination hochqualifizierter Kandidaten legen, um sich im Wahlwettbewerb Vorteile zu verschaffen, und dass gerade Kandidaten mit hoher Bildung im Wahlprozess auch besonders auf Parteihilfe angewiesen sind, da sie oft neu zugezogen sind und aufgrund ihrer überlokalen Berufs- und Lebensperspektive oft nicht disponiert sind, sich rege an lokalen Vereinen und am übrigen Gemeindeleben zu beteiligen. Zudem könnte die Öffnung des Rekrutierungsfeldes für Parteilose dadurch bedingt sein, dass man breitere Bevölkerungsschichten als bisher in Gemeindeämter einbeziehen möchte, oder dass man mangels Kandidaten überhaupt keine qualifikatorischen Auswahlkriterien mehr zur Geltung bringen kann

Die empirischen Ergebnisse unterstützen eindeutig die zweite Argumentationslinie, indem sich zeigt, dass von den Parteilosen nur 58%, von den Parteivertretern hingegen über 70% eine über die Berufslehre hinausgehende Ausbildung besitzen (Tab. 6.7). Dieser Zusammenhang ist nur zum Teil damit erklärbar, dass höher gebildete Räte vor allem in grösseren Gemeinden tätig sind, wo die Parteizugehörigkeit nach wie vor die Regel ist.

Auch wenn damit nicht bewiesen ist, dass der Trend zur Parteilosigkeit mit einem niedrigeren Bildungsstand der Räte einhergeht, so ist doch evident, dass es nicht das Mehr an Bildung sein kann, mit dem Parteilose ihre mangelnden politischen Erfahrungen kompensieren.

Tabelle 6.7: Prozentanteile von Exekutivmitgliedern mit verschiedenen Bildungsniveaus: nach Gemeindegrösse

Bildungsniveau:	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
Keine Berufsbildung	9	7	6	5	6	5	4	3	2	8
Lehre	33	43	35	39	32	31	27	35	21	30
Höhere Fachschule	35	28	34	35	35	37	36	35	31	24
Universität	24	22	25	21	27	28	34	27	46	38
N =	424	1075	631	707	1086	451	1492	251	689	37
Chi-2 (sign.)	14.65 (.002)		4.19 (.241)		1.99 (.579)		8.02 (.046)		9.38 (.025)	

Bei einem auf den Prozentanteil von Universitätsabgängern beschränkter Parteienvergleich (Tab. 6.8) zeigt sich, dass die Parteilosen bildungsmässig vor allem hinter den Vertretern der FDP und der SP deutlich nachhinken, von denen bereits in kleinsten Gemeinden fast 40% ein akademisches Abgangszeugnis besitzen. Demgegenüber fällt auf, dass gegenüber der CVP ein erheblich geringeres Gefälle besteht und die SVP sogar signifikant weniger Mandatsträger mit akademischem Abschluss vorweisen kann. Generell fällt auf, wie sehr sich die Quote der Akademiker unabhängig von der Parteizugehörigkeit mit wachsender Gemeindegrösse erhöht – ohne dass die deutlichen Differenzen zwischen Parteilosen und Parteigebundenen (bzw. Angehörigen verschiedener Parteirichtungen) verschwinden.

Tabelle 6.8: Prozentanteile von Exekutivmitgliedern mit Hochschulbildung: nach Parteirichtung und Gemeindegrösse

Einwohnerzahl:	Parteilose	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
-500	22	24*	36**	17*	13*	39*	33
501-1000	21	25	24	23	15	39*	35
1001-2000	28	27	30	26	16*	33	30
2001-5000	27	34*	42**	29	20	39*	41*
5001-10000	38	46*	52**	39	26	63*	39
Total	24	34**	41**	28**	20**	47**	37**
N =	2538	4805	1348	959	789	690	342

* $p < .05$

** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

Ein Vergleich der Alterskohorten (Tab. 6.9) zeigt deutliche Tendenzen der Höherqualifizierung, in denen sich das in den letzten Jahrzehnten angewachsene Bildungsniveau der Schweizerischen Gesamtbevölkerung widerspiegelt.

Tabelle 6.9: Prozentanteil der Exekutivmitglieder mit höherer Bildung (Fachdiplom oder Universität): nach verschiedenen Alterskategorien und Gemeindegrösse

Alter:	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-34	69	49	76	73	82	73	75	50	96	67
35-44	69	50	61	56	66	88	73	57	83	60
45-54	60	52	60	53	61	62	69	68	79	64
55-64	44	47	56	59	58	60	68	61	74	56
65+	56	38	51	42	61	73	64	61	64	--
N =	442	1134	684	743	1141	472	1572	261	710	38
Chi2	27.73	12.67	17.49	13.26	20.99	11.57	22.43	13.13	16.37	4.06
Sign.	.000	.123	.025	.103	.007	.171	.004	.107	.037	.852

Auffällig ist, dass der Prozentanteil mit höheren Bildungszeugnissen bei den jüngeren parteigebundenen Exekutivmitgliedern in allen Gemeindegrössenklassen deutlich zugenommen hat, während die Unterschiede zwischen den parteilosen Alterskohorten in keinem Falle die Signifi-

kanzschwelle überschreiten. So entsteht der Eindruck, dass nur die von den Parteien gesteuerten Rekrutierungsprozesse zu einer deutlich erhöhten Bildungsqualifikation jüngerer Amtsträger beigetragen haben (während beispielsweise zwischen 40jährigen und 60jährigen Parteilosen kaum ausbildungsmässige Unterschiede bestehen).

In Tabelle 6.10 wird sichtbar, dass sich diese von den Parteien ausgehende Bildungsförderung bisher weitgehend auf die Männer beschränkt und erst neuerdings (bei der der jüngsten Altersgruppe unter 35) auch auf die Frauen überzugreifen scheint.

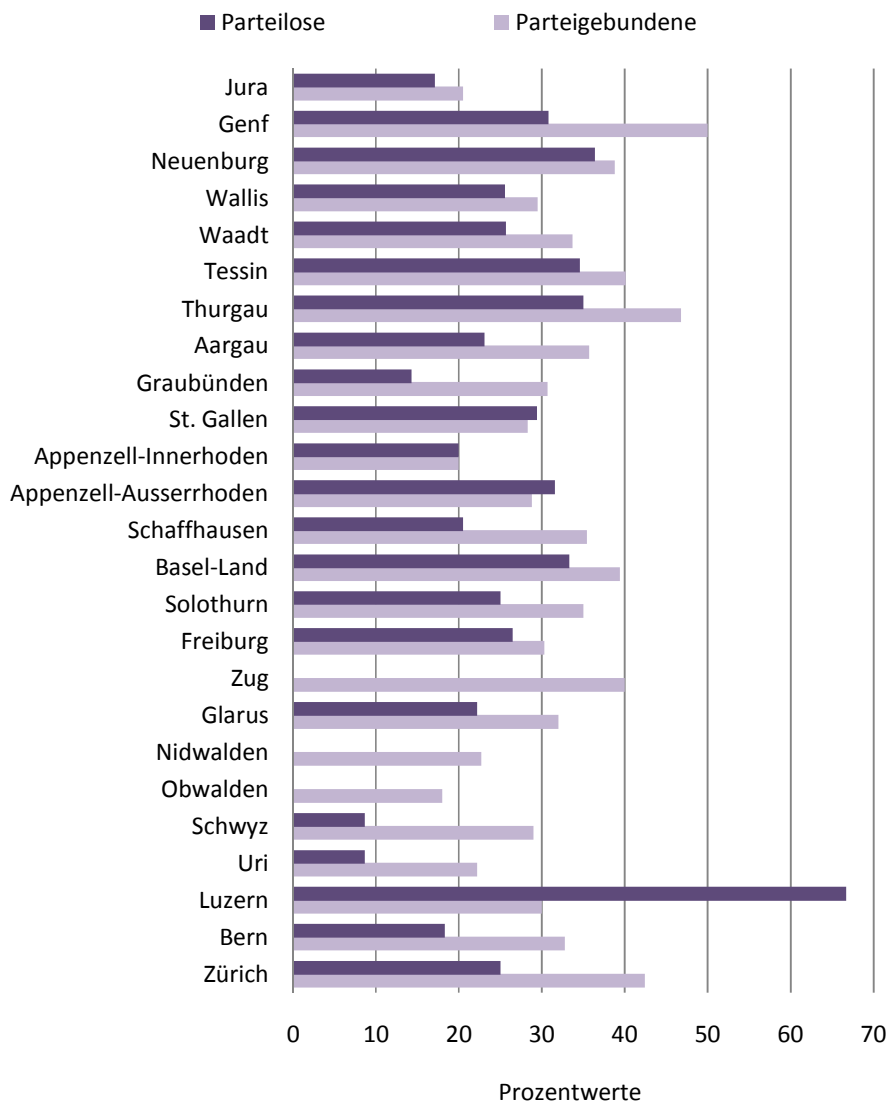
Tabelle 6.10: Prozentanteil der Exekutivmitglieder mit höherer Bildung (Fachdiplom oder Universität): nach verschiedenen Alterskategorien und Geschlecht.

Alter:	Frauen		Männer	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-34	73	59	82	59
35-44	60	44	75	59
45-54	53	48	73	59
55-64	54	42	67	60
65+	56	28	64	52
Chi2	16.11	9.53	57.15	14.02
Sign.	.041	.300	.000	.081

Die Gemeinden verschiedener Kantone unterscheiden sich sehr stark im Ausmass, in dem sie ihre Exekutivräte mit akademisch gebildeten Mitgliedern besetzen. Besonders niedrig ist die Quote vor allem in wenig urbanisierten katholischen Regionen (Jura, Zentralschweiz und Appenzell-Innerrhoden), überdurchschnittlich hoch hingegen in Genf, Neuenburg, Thurgau, Basel-Land, Tessin und (zumindest bei den Parteilosen) im Kanton Luzern (Figur 6.3).

In 18 Kantonen sind es die Parteilosen, die seltener ein tertiäres Bildungszeugnis vorweisen können, nur in Luzern besteht in deutlicher (aufgrund der geringen Stichprobe allerdings nicht signifikanten) Weise die gegenteilige Konstellation. Dies weist darauf hin, dass sich die Rekrutierungsbasis unter dem Einfluss der politischen Parteien teilweise auf eher elitäre, gegenüber der Wählerklientele abgehobene Bildungsschichten verengt, während sich Parteilose aus breiteren, weniger gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten rekrutieren.

Figur 6.3: Prozentsatz der Exekutivmitglieder mit Hochschulbildung: nach Parteizugehörigkeit und Kantonen



6.4 Beruflicher Beschäftigungsgrad

Nebenamtliche Gemeinderäte beiderlei Geschlechts widerspiegeln in ihrer Berufstätigkeit die Verhältnisse, die in den mittleren Altersgruppen der Schweizerischen Gesamtgesellschaft bestehen: indem die meisten Männer voll berufstätig sind und die Frauen mehrheitlich eine Teilzeitstelle besetzen. Nur in Gemeinden über 5000 Einwohnern, wo ein kommunales Amt oft zwischen 12 und 15 Wochenstunden in Anspruch nimmt, sinkt der Anteil vollberufstätiger Männer unter 80%. Eine Ausnahme bilden allerdings die – mit besonders vielen Amtspflichten belasteten

- Gemeindepräsidenten, wo sich der Anteil Vollerwerbstätiger bereits oberhalb von 1000 Einwohnern deutlich verringert. (Tab. 6.11). Der einzige auffällige Unterschied zwischen Parteigegebenen und Parteilosen besteht darin, dass bei den ersteren in Kleinstgemeinden unter 500 Ew. erstaunlich viele Frauen (46%) eine 100%-Stelle besetzen und der Anteil nicht erwerbstätiger Hausfrauen und Rentnerinnen unter 10% sinkt (Tab. 6.12). Eine Aufgliederung nach Parteirichtungen zeigt, dass parteilose Männer gemeinsam mit ihren Kollegen aus bürgerlichen Gruppierungen von den Sozialdemokraten abweichen, wo überraschend viele männliche Mandatsträger – vielleicht weil sie ein egalitäres Modell familiärer Arbeitsteilung praktizieren – keine Ganztagesstelle innehaben (Tab. 6.13). Allerdings lässt sich diese Besonderheit zumindest teilweise damit erklären, dass Sozialdemokraten bevorzugt in grösseren Gemeinden tätig sind, wo die hohe Arbeitsbelastung in manchen Fällen eine Reduktion der hauptberuflichen Tätigkeit erzwingt.

Tabelle 6.11: Prozentsatz der Exekutivmitglieder mit verschiedenem Grad beruflicher Erwerbstätigkeit: nach Gemeindegrösse und Geschlecht (nur nebenamtliche Amtsinhaber).

Beschäftigungsgrad:		Einwohnerzahl der Gemeinde:									
		-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
		Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*
volle Stelle	Frauen	46	23	25	21	21	23	15	14	16	22
	Männer	84	86	81	87	87	84	81	83	76	75
Teilstelle	Frauen	46	64	58	66	65	61	65	59	67	67
	Männer	4	7	10	5	5	8	11	8	17	13
keine Stelle	Frauen	9	13	17	14	15	16	20	27	17	11
	Männer	13	7	9	8	8	8	8	9	8	13

Tabelle 6.12 :Prozentsatz der männlichen Exekutivmitglieder mit voller hauptberuflicher Erwerbstätigkeit: nach Gemeindegrösse und Stellung in der Exekutive (nur nebenamtliche Amtsinhaber)

Stellung in der Exekutive:	Einwohnerzahl der Gemeinde:									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos*
Präsident	80	82	76	83	76	70	66	54	52	50
Gewöhnliches Mitglied	85	87	84	88	89	87	84	88	79	80
N =	442	1134	684	743	1141	472	1572	261	710	38

Insgesamt deutet also alles darauf hin, dass Exekutivmandate auch in einer Ära parteiloser Rekrutierung zum grössten Teil in den Händen beruflich bereits stark belasteter Bevölkerungskreise verbleiben: ohne dass eine Ausweitung der Rekrutierungsfeldes auf beruflich Inaktive (wie z. B.

Personen in Ausbildung, Arbeitslose, Hausfrauen (Rentner(innen) u. a. erfolgt, die – objektiv betrachtet – mehr Zeit für das kommunale Amt erübrigen könnten.

Ein Vergleich der Alterskohorten deutet allerdings darauf hin, dass zumindest bei den Frauen divergierende Entwicklungen im Gange sind: in dem –Sinne, dass bei den jüngeren Altersgruppen die Parteigebundenen zunehmend einer vollen Berufstätigkeit nachgehen, während bei den Parteilosen nach wie vor (wie bei ihrer Elterngeneration) Teilzeitstellen und Nichtberufstätigkeit dominieren (Tab. 6.14).

Tabelle 6.13 :Prozentsatz der Exekutivmitglieder mit verschiedenem Grad beruflicher Erwerb­stätigkeit: nach Parteirichtung und Geschlecht (nur nebenamtliche Amtsinhaber).

Beschäftigungsgrad:		Partei-lose	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
volle Stelle	Frauen	22	21	22	17	29	18	14
	Männer	84	81	81	84	87	70	79
Teilstelle	Frauen	63	62	58	64	61	69	62
	Männer	7	11	9	9	7	19	13
Keine Stelle	Frauen	16	17	20	19	10	13	24
	Männer	9	9	10	7	6	11	8

Tabelle 6.14: Prozentsatz der weiblichen Exekutivmitglieder mit voller hauptberuflicher Anstellung (nur nebenamtliche Mitglieder unter 65 Jahren).

Alter:	Frauen		Männer	
	Pgeb.	Plos.	Pgeb.	Plos.
-34	47	21	80	94
35-44	26	22	91	94
45-54	19	21	91	93
55-64	13	21	72	74
Chi2	28.80	.085	193.4	121.5
Sign.	.000	.994	.000	.000
N =	1061	670	4958	2624

6.5 Selbständige Berufstätigkeit

Auch bezüglich des Prozentanteils an Selbständigerwerbenden ordnen sich die Parteilosen zusammen mit der FDP und CVP in der politischen Mitte ein: im Kontrast einerseits zur SVP, wo

nach wie vor fast die Hälfte der Mandatsträger aus dem Kreis Bauern, Gewerbetreibenden und Industriellen stammen, und andererseits zu den Sozialdemokraten, deren wenige Selbständige (13%) sich vorwiegend aus Freiberuflichen rekrutieren. Ähnlich wie bei den Parteigegebenen findet man auch, dass der Prozentanteil bei sehr kleinen und bei grösseren Gemeinden maximale Werte erreicht, während in mittelgrossen Kommunen ein Minimum besteht. Dies lässt sich wohl damit erklären, dass in traditionell strukturierten kleinen Landgemeinden Selbständig-erwerbende besonders zahlreich sind, während sie sich in grösseren Gemeinden für die aufwendigen Exekutivmandate besonders eignen, weil sie im Gegensatz zu Angestellten relativ frei über ihre Arbeitszeit verfügen (vgl. Geser 2009).

Tabelle 6.15: Prozentsatz der nebenamtlichen Exekutivmitglieder, die im Hauptberuf selbständig erwerbend sind: nach Parteirichtung und Gemeindegrösse.

Einwohnerzahl:	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
-500	33	38*	28	39	51**	31	35
501-1000	25	32**	30	28	45**	20	21
1001-2000	27	29	25	31	46**	08**	32
2001-5000	30	31	34	29	41**	12**	36
5001-10000	45	32	35	34	50**	11**	36
Total	30	32*	33*	32	46**	13**	32
N =	2589	4200	1167	819	742	582	301

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

Tabelle 6.16: Prozentanteil der nebenamtlichen Exekutivmitglieder die im Hauptberuf selbständig erwerbend sind: nach Alterskategorien und Geschlecht.

Alter	Frauen		Männer	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
-34	06	09	28	25
35-44	24	20	31	30
45-54	25	26	33	33
55-64	24	23	39	33
65+	27	30	39	40
Chi2	7.01	5.78	16.58	4.94
Sign.	.135	.216	.002	.39
N =	810	545	3361	1778

Auf ähnliche Weise widerspiegelt sich auch der Strukturwandel der Wirtschaft und der Arbeitswelt in der Regelmässigkeit, dass sich sowohl Frauen wie Männer jüngerer Altersgruppen immer seltener aus dem Bereich der Selbständigen rekrutieren (Tab. 6.16).

Allerdings mögen zumindest die geringen Werte bei den unter 35jährigen dadurch erklärbar sein, dass der Status der Selbständigkeit oft erst in fortgeschritteneren Jahren (z. B. durch Übernahme eines elterlichen Betriebes) erworben wird.

Generell entsteht also der Eindruck, dass auch unter den neuen Bedingungen parteiunabhängiger Rekrutierung ein sehr beträchtlicher Teil der kommunalen Machtpositionen in den Händen traditionell-mittelständischer Schichten verbleibt, die dank ihrer autonom bestimmten Arbeitszeit für Exekutivmandate besonders abkömmlich sind und sich aufgrund ihrer lokal orientierten Geschäftstätigkeit besonders stark für kommunalpolitische Belange interessieren.

6.6 Stellung in der organisatorischen Hierarchie

Mit ihren Hauptaufgaben der Entscheidungsfindung, Koordination, Gremienleitung, Verwaltungsführung und öffentlichen Kommunikation haben die Exekutivmitglieder ein Rollenprofil, das eher mit demjenigen hoher Kaderpositionen als mit dem Pflichtenheft subalternen Vorgesetzter oder schierer Mitarbeiter verglichen werden kann. In grösseren Gemeinden mit umfangreicher Verwaltung treten diese leitungs- und führungsbezogenen Aufgaben naturgemäss stärker hervor als in kleinen Kommunen, wo neben der „horizontalen“ Kommunikation im kollegialen Exekutivgremium mangels Spezialbeamten und Büropersonal oft noch konkrete Aufgaben der Administration und Sachbearbeitung überwiegen. Ebenso haben sie bei Gemeindepräsidenten –im Vergleich zu gewöhnlichen Ressortvorstehern - natürlich ein besonders Gewicht, da sich bei ihnen die umfassenden Koordinations- und Leitungsaufgaben verdichten. So unbestritten es ist, dass Angehörige Inhaber von Managementpositionen für Exekutivmandate im allgemeinen und für Präsidentenämter im Speziellen besonders geeignet sind, so zweifelhaft ist andererseits aber, ob diese Personenkreise für kommunale Ämter überhaupt zur Verfügung stehen: da sie hauptberuflich oft übermässig belastet sind und sich infolge ihrer überlokalen Interessen und Wirkungskreise oft kaum in ihren lokalen Kontext, in dem sie wohnhaft sind, integrieren. Vor allem mag ihnen die Welt der Lokalparteien fremd sein, die von ihren Mitgliedern vor der Nominierung zu Exekutivämtern die jahrlange Ausübung subalternen Funktionen (z. B. im Parteivorstand oder kommunalen Beratungskommissionen) fordern. Deshalb wäre es nicht überraschend, wenn sie ihren Einstieg in Gemeindebehörde eher als parteilose „Quereinsteiger“ vollziehen würden, die aufgrund ihrer geschätzten Qualifikationen auch ohne Parteiunterstützung ohne Weiteres gute Wahlchancen verfügen.

Wie die Ergebnisse der Tabelle 6.17 zeigen, ist aber genau das Umgekehrte der Fall. Während bezüglich der auf mittlerer Kaderebene tätigen Milizpolitiker kein Unterschied besteht, sind Inhaber höherer Kaderpositionen bei den Parteigebundenen durchwegs stärker vertreten als bei den Parteilosen, wo umgekehrt Inhaber unterer Kaderstellen (sowie reiner Mitarbeiterstellen ohne Vorgesetztenfunktion) dominieren.

Generell aber scheint der Trend zu Parteilosen nichts daran zu ändern, dass sich Gemeinde zu 75-80% aus Personen zusammensetzen, die in ihrem Hauptberuf selbständig sind bzw. eine Vorgesetztenposition innehaben – und damit mit den Berufsverhältnissen in der Gesamtbevölkerung auf dramatische Weise kontrastieren.

Tabelle 6.17: Prozentsatz der Exekutivmitglieder auf verschiedenen beruflichen Hierarchiestufen: nach Stellung in der Exekutive (nur nebenamtliche Amtsinhaber).

Hierarchieniveau:	Präsident		Gewöhnliche Mitglieder	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
selbständig	39	33	31	29
höheres Kader	20	15	17	12
mittleres Kader	19	19	20	21
unteres Kader	8	13	10	12
Mitarbeiter	15	20	22	26
N =	<i>790</i>	<i>406</i>	<i>3410</i>	<i>1935</i>
Chi2 (sign.)	17.84 (.001)		37.83 (.000)	

Aus Tabelle 6.18a und 6.18b geht hervor, dass – sowohl bei den Männern wie den Frauen - ausschliesslich die FDP und die CVP für den grösseren Anteil hoher Kadermitarbeiter unter den Parteigebundenen verantwortlich sind, während die Verhältnisse in der SVP (die allerdings ungleich häufiger Selbständige portiert) ungefähr denjenigen bei den Parteilosen entsprechen und die Sozialdemokraten erwartungsgemäss eher Angehörige niedrigerer beruflicher Statusränge rekrutieren.

Tabelle 6.18a: Prozentsatz der Exekutivmitglieder auf verschiedenen beruflichen Hierarchiestufen: nach Parteirichtung: Männer (nur nebenamtliche Amtsinhaber).

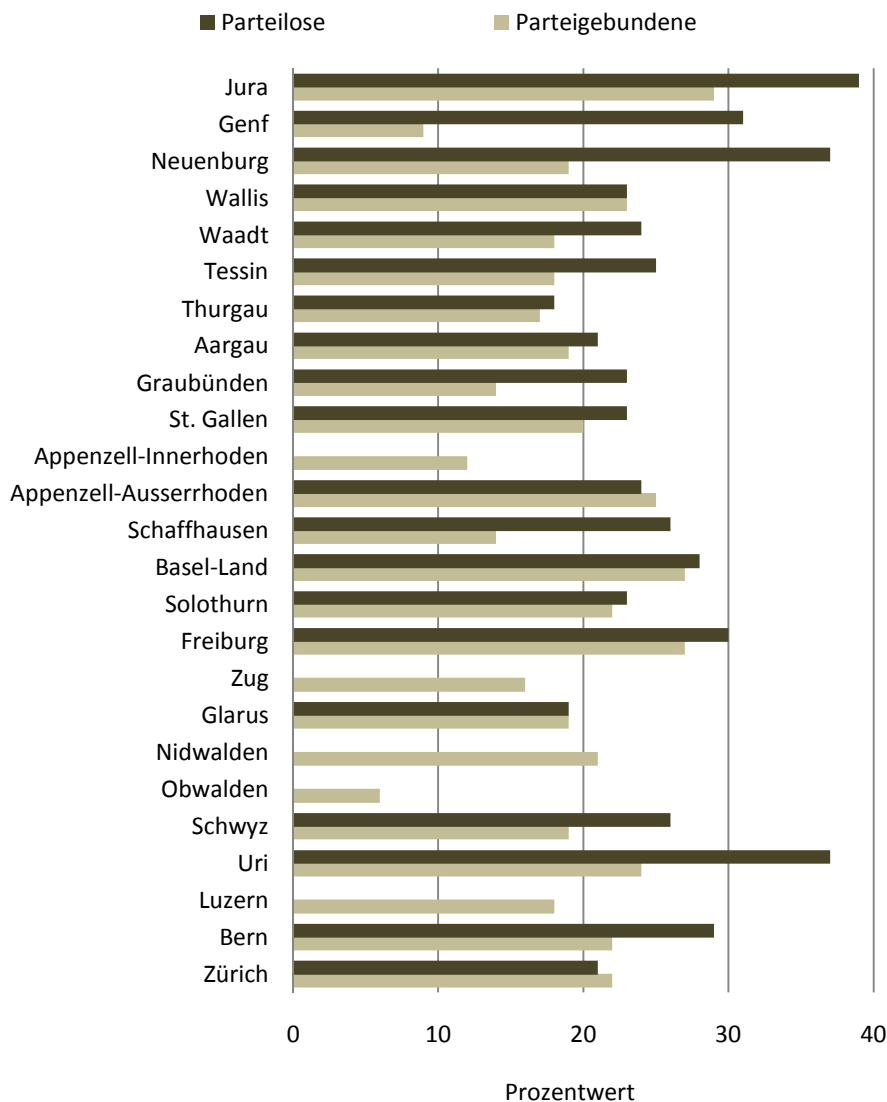
	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
selbständig	32	34	34	33	47	14	33
höheres Kader	14	20	25	22	18	15	19
mittleres Kader	23	21	20	22	19	31	24
unteres Kader	13	10	9	11	5	14	12
Mitarbeiter	18	15	12	12	11	26	13
N =	<i>1954</i>	<i>3897</i>	<i>1113</i>	<i>790</i>	<i>677</i>	<i>501</i>	<i>283</i>

Tabelle 6.18b: Prozentsatz der Exekutivmitglieder auf verschiedenen beruflichen Hierarchiestufen: nach Parteirichtung : Frauen (nur nebenamtliche Amtsinhaber):

	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
selbständig	23	24	26	25	37	12	28
höheres Kader	7	7	10	4	10	8	7
mittleres Kader	14	15	19	15	10	13	13
unteres Kader	10	8	6	5	5	14	7
Mitarbeiter	47	46	39	52	37	54	45
N =	670	1061	280	207	123	212	77

Figur 6.4 zeigt, wie sich die Gemeinden der verschiedenen Kantone in ihrer Rekrutierung von Angehörigen niedriger Berufspositionen (d. h. von Personen die weder selbständig Erwerbende noch Vorgesetzte sind) voneinander unterscheiden. Dabei wird sichtbar, dass es in nicht weniger von 16 (von 20) Ständen die Parteilosen sind, die häufiger als diesen niedrigen sozialen Berufsschichten stammen. Besonders ausgeprägt trifft dies auf die Westschweiz (Jura, Genf, Neuchâtel und Freiburg) zu, wo über 30% der Mandatsträger in solch abhängiger Weise beschäftigt sind. Nur in Luzern, Glarus unterschreitet der Anteil der Parteilosen, die bloss als Mitarbeiter beschäftigt sind, die Marke von 20%.

Figur 6.4: Prozentsatz der Exekutivmitglieder , die im Hauptberuf nicht selbständig oder Vorgesetzte sind : nach Kantonen (nur Nebenamtliche)



6.7 Wohndauer in der Gemeinde

Sowohl in den Landgemeinden wie in den Städten wurde die politische Macht in vormodernen Zeiten weitgehend durch langfristig sesshafte Bevölkerungskreise ausgeübt: durch „Honoratioren“, die aufgrund ihrer lokal orientierten Besitztümer und Wirtschaftstätigkeiten wie auch dank ihrer intergenerationellen Zeitperspektive an kommunalen Angelegenheiten besonderen Anteil nahmen und dank ihrer Prominenz in kommunalen Vereinen wie auch informellen Netzwerken leicht in der Lage waren, sich bei der Erringung formaler Ämter die offizielle Nomination zu sichern und genügend Wählerstimmen zu mobilisieren.

Diese auf der Kombination von langer Ortsansässigkeit, Familientradierung und selbständiger gewerblicher Tätigkeit beruhenden lokalen Eliten haben im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung und der wachsenden Zahl Neuzuzüger zwar überall offeneren („poliyarchischen“) Elitenstrukturen weichen müssen.

Die lokalen politischen Parteien haben in diesem Prozess aber eine durchaus widersprüchliche Rolle gespielt. Auf der einen Seite haben sie zu dieser Öffnung mancherorts Hilfestellung geleistet, indem sie einem breiteren Kreis interessierter (Bürger)innen niederschwellige Eintrittsschwellen und gut strukturierte Aufstiegswege in die kommunale Politik geboten haben – vor allem auch für Personen, die kommunale Ämter als Sprungbretter betrachteten, um überlokale politische Positionen zu erklimmen. Vor allem waren die sozialdemokratischen Parteien bestrebt, in Kombination mit den Gewerkschaften auch Arbeitnehmern aus niedrigeren sozialen Schichten politische Zugänge zu eröffnen – zumindest in den mittelgrossen Gemeinden und Städten, in denen sich über formale Sektionsstrukturen und hinreichende Wählerprozente verfügten.

Umgekehrt liessen sich dieselben organisatorischen Strukturen natürlich auch dazu verwenden, um sogar restriktivere Rekrutierungskriterien als bisher zur Geltung zu bringen: etwa im Falle bürgerlicher Parteien, die informell von autochthonen lokalen Eliten zum Zwecke ihrer Machtsicherung vereinnahmt worden sind,

Dementsprechend unsicher sind auch die Prognosen darüber, ob die aktuelle Verschiebung von parteigebundenen zu parteilosen Amtsträgern eher zu einer Zunahme oder Abnahme langfristig Sesshafter oder kurzfristig Neuzugezogener führt.

Ein Blick auf Tabelle 6.19 zeigt, dass sich parteilose Amtsinhaber in Gemeinden bis 5000 Ew. signifikant seltener als Parteigebundene aus dem Kreis derjenigen rekrutieren, die bereits seit Geburt oder Kindheit in der Gemeinde ansässig sind.

Tabelle 6.19: Prozentsatz der Exekutivmitgliedern, die in der Gemeinde geboren oder vor 18 in der Gemeinde wohnhaft geworden sind: nach Parteirichtung und Gemeindegrösse.

	Parteilos	alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
-500	32	47**	42	55**	50*	39	33
501-1000	30	46**	43**	57**	55**	28	43
1001-2000	23	38**	37**	46**	50**	30	29
2001-5000	28	37**	37	44**	50**	22	24
5001-10000	37	37	39	49	50	31	38
Total	30	40**	39**	48**	51**	29	31
N =	2589	4904	1388	994	800	711	361

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

Oberhalb dieser Schwelle verschwindet diese Differenz allein deshalb, weil auch bei den Parteilosen der Anteil Autochthoner deutlich steigt. Bei einer Aufgliederung nach Parteirichtungen wird sichtbar, dass sich die Parteilosen vor allem gegenüber der CVP und der SVP drastisch profilieren, wo nach wie vor – selbst in grossen Gemeinden – ungefähr die Hälfte aller Mandatsträger

aus dem Kreis langfristig Ortsansässiger stammen. Demgegenüber scheinen die Sozialdemokraten – sowie die erstaunlicherweise auch die rein lokalen Gruppierungen - denjenigen, die erst als Erwachsene in die Gemeinde gezogen sind, etwas höhere politische Mobilitätschancen zu gewähren (bzw. von diesen letzten bevorzugt ausgewählt zu werden, wenn sie sich für eine aktive Rolle in der Gemeindepolitik entschliessen).

Nichts deutet darauf hin, dass es sich bei diesem hohen Gewicht autochthoner Bevölkerungskreise um einen (in Erosion begriffenen) historischen Überrest ländlich-traditioneller Strukturen handeln würde. Denn erstens bleiben die Prozentanteile selbst bei bevölkerungsreichen Gemeinden, die sich der Stadtgrösse annähern, auf fast demselben Niveau; und zweitens trifft überhaupt nicht zu, dass sie sich in den jüngeren Alterskohorten abschwächen würden. Ganz im Gegenteil stellt man fest, dass der Anteil der langfristig Ortsansässigen bei den Frauen und Männern jüngerer Altersgruppen höher liegt, um bei den unter 35 jährigen fast unglaubliche Maximalwerte zu erreichen (Tab. 6.20).

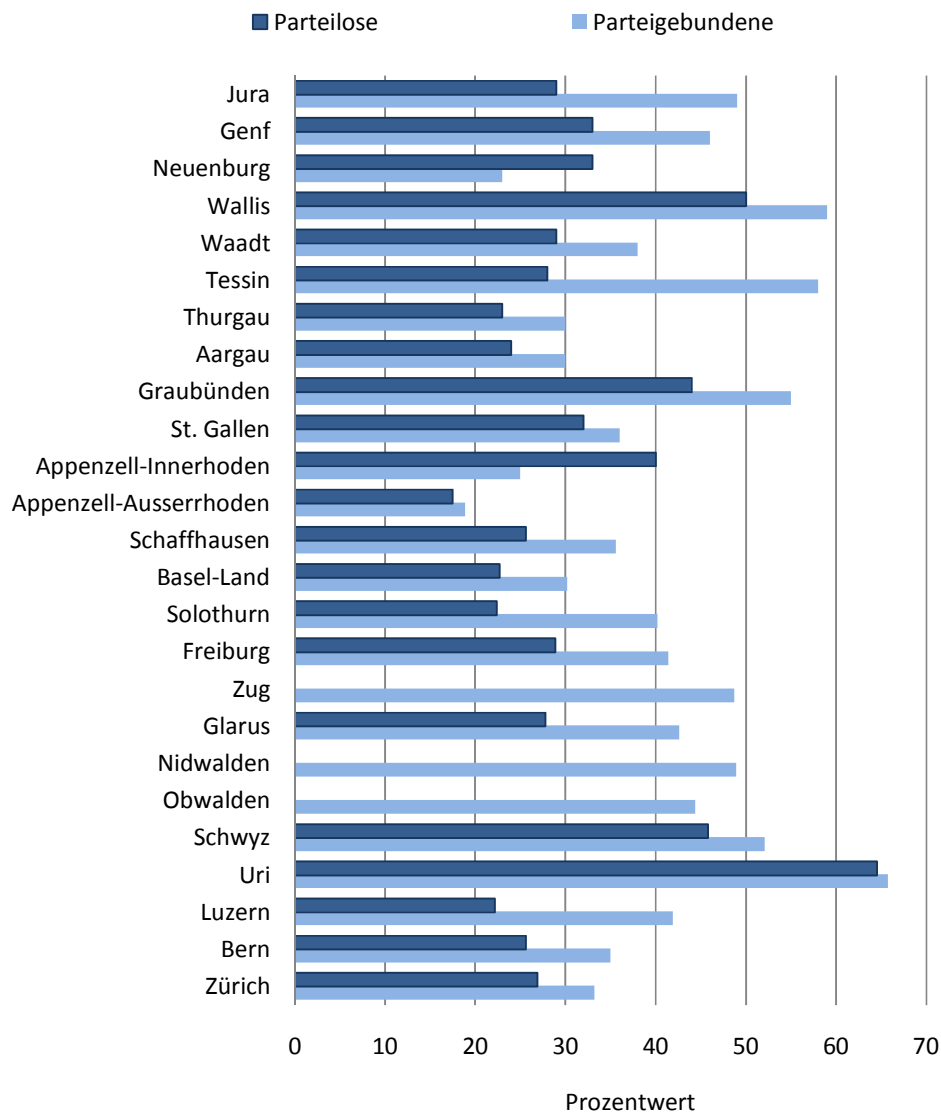
Tabelle 6.20: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die in der Gemeinde geboren oder vor 18 in der Gemeinde wohnhaft geworden sind: nach Alter, Geschlecht und Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse.

Alter:	Frauen		Männer	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
-34	70	42*	86	66**
35-44	33	12**	55	45**
45-54	21	11**	44	33**
55-64	14	10**	37	26**
65+	7	5	33	16**
Total	23	13**	45	35**
N =	1061	670	3897	1954

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und Parteigebundenen derselben Alterskategorie).

Vor allem scheinen die politischen Parteien bei der Auswahl jüngerer Repräsentanten immer häufiger auf autochthone (bzw. „indigene“) Einwohner zuzugreifen – womit sich die Differenz zu den Parteilosen noch laufend verstärkt. Unabhängig von der Parteibindung sind es in allen Altersgruppen die Frauen, die häufiger von auswärts zugezogen sind: ein Hinweis auf das zähe Überleben „patrilokaler“ Muster, wie sie natürlich im traditionellen Mittelstand (wo der Sohn typischerweise den ortsansässigen Betrieb des Vaters übernimmt) noch verbreitet sind.

Figur 6.5: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die in der Gemeinde geboren oder vor 18 zugezogen sind: nach Parteibindung und Kantonen



Im kantonalen Vergleich (Figur 6.5) profilieren sich Neuenburg und Appenzell-Innerhoden als die beiden einzigen Stände, wo Parteilose häufiger als Parteirepräsentanten zu den lange Ortsansässigen gehören. Besonders auffallend sind die Differenzen im Tessin, wo die Lokalparteien bekanntermassen als Instrumente für den Machterhalt traditioneller lokaler Eliten(familien) fungieren. Im übrigen fällt auf, in welcher hohem Masse die Gemeinden der gebirgigen Kantone Wallis, Graubünden, Uri (und Schwyz) Wert darauf legen, die formalen Gemeindeämter überwiegend in der Hand „Einheimischer“ zu halten.

Aus entgegengesetzter Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern auch Personen, die erst vor ganz kurzer Zeit in die Gemeinde übersiedelt haben, in der Lage sind, Exekutivämter zu erringen. Auch hier ist auf die bivalente Funktion der Parteien hinzuweisen, die ihre Ressourcen und formalen Organisationsstrukturen einerseits sehr gut dazu verwenden können, um derartigen Neuzuzüger rasch zu öffentlicher –Reputation und realen Wahlchancen zu verhelfen, andererseits aber auch zum genau gegenteiligen Effekt, solche Newcomers auf langfristige Karrierewege (z. B. über parteiinterne Ämter, kommunale Spezialkommissionen u. a.) zu verweisen und damit an einem allzu raschen politischen Aufstieg zu behindern. Auch hier deuten die Ergebnisse eher auf die zweite Alternative hin: sind doch nur 10% aller Parteivertreter, hingegen 20% Parteilosen eigentliche Neuzuzüger, die weniger als fünf Jahre vor ihrem Amtsantritt in der Gemeinde Wohnsitz genommen haben (Tab. 6.21). Auch die Sozialdemokraten stechen nun gegenüber den bürgerlichen Gruppierungen keineswegs mehr durch eine besonders hohe Offenheit gegenüber Neueinwohnern hervor. Ganz unabhängig von der Parteibindung gilt die Regularität, dass Neuzuzüger in Kleinstgemeinden (unter 500 Ew.) weitaus die grössten Wahlchancen geniessen. Dies mag damit zusammenhängen, dass sie in so kleinem Kreise sehr rasch und auf informellen Wegen in der Lage sind, sich die für die Wahl erforderliche Reputation und Unterstützung zu sichern – oder dass aus schierem Mangel an Kandidaten auch auf Personen zurückgegriffen werden muss, die (noch) keine besondere Vertrautheit mit ihrer Gemeinde besitzen.

Tabelle 6.21: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die vor ihrem Amtsantritt weniger als fünf Jahre in der Gemeinde wohnhaft waren: nach Parteirichtung und Gemeindegrösse

	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
-500	26		26	14*	21	35	15
501-1000	19		7	9*	10*	20	8
1001-2000	14		14	11	8*	12	15
2001-5000	12		10	8	9	10	11
5001-10000	9		9	5	3	7	6
Total	20		11**	9**	8**	10**	10**
N =	2589		4904	1388	994	800	711

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

Aus Tabelle 6.22 geht hervor dass sich die Mobilitätsvorteile der Parteilosen in ähnlichem Umfang auf beide Geschlechter und alle Alterskohorten beziehen.

Generell tragen all diese Ergebnisse zum Gesamteindruck bei, dass die meisten Lokalparteien in den meisten Schweizer Gegenden sich bisher keineswegs als Promotoren für den politischen Einbezug neu zugezogener Einwohnergruppen betätigt, sondern diese Integration im Gegenteil eher verhindert haben. Die vermehrte Rekrutierung von Parteilosen erscheint unter diesem Gesichtspunkt als wesentliches Mittel, um breitere Bevölkerungsschichten an der kommunalen Politik und Verwaltung zentral teilhaben zu lassen, und dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung

zung der Behördegremien derjenigen der kommunalen Wohnbevölkerung besser als bisher entspricht.

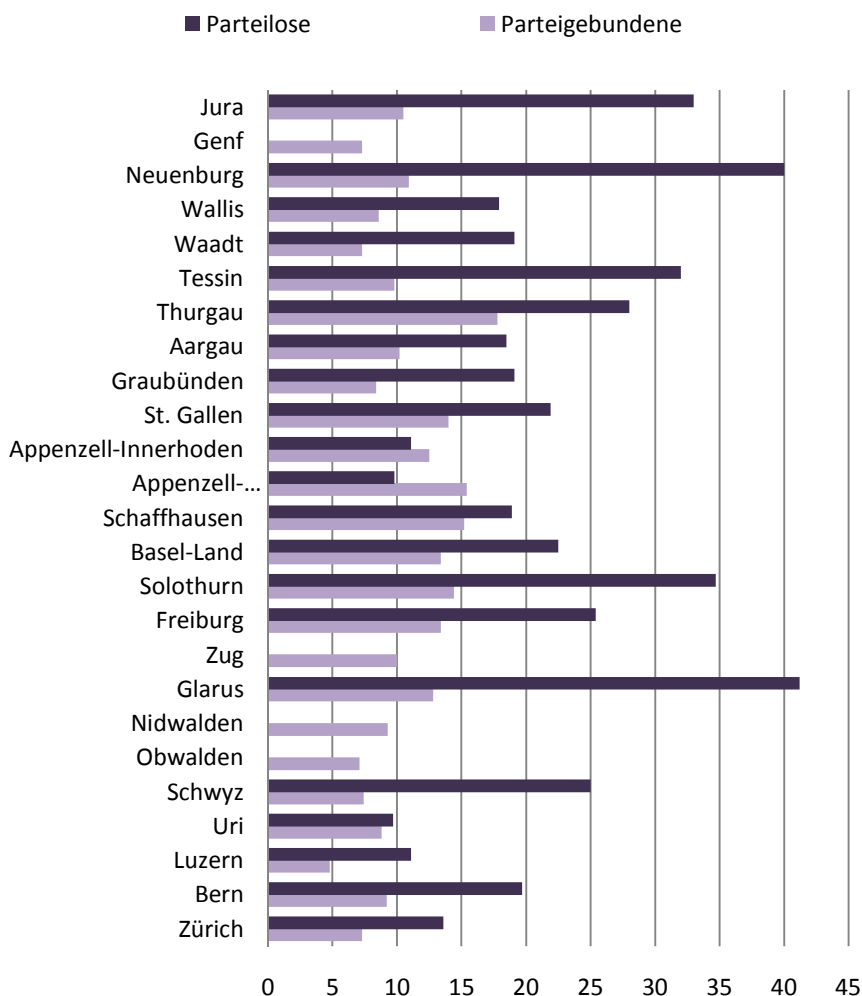
Tabelle 6.22: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die vor ihrem Amtsantritt weniger als fünf Jahre in der Gemeinde wohnhaft waren: nach Gemeindegrösse.

Alter:	Frauen		Männer	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
-34	21	30	10	24**
35-44	16	28**	16	27**
45-54	10	19**	9	18**
55-64	7	11	8	15**
65+	8	37*	9	20**
N =	<i>1061</i>	<i>670</i>	<i>3897</i>	<i>1954</i>

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und Parteigebundenen derselben Alterskategorie).

Beim Kantonsvergleich (Figur 6.6) zeigt sich, dass lokalen Parteien überall in der Schweiz gegenüber Neuansässigen in nur sehr begrenztem Masse offen sind: indem ihr Prozentanteil bei den Parteigebundenen nur in einem sehr schmalen Band (zwischen 5% und ca. 18%) variiert. Im Falle der Parteilose treten hingegen viel weitere Divergenzen auf, in denen sich – wie z. B. in den dramatischen Differenzen zwischen Jura und Neuenburg einerseits und Uri/Luzern andererseits – die unterschiedliche Offenheit verschiedener politischer Regionalkulturen gegenüber „Ortsfremden“ widerspiegeln.

Figur 6.6: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, die weniger als 5 Jahre vor ihrer Wahl in die Gemeinde gezogen sind: nach Kantonen



6.8 Familiäres politisches Herkunftsmilieu

Seit den 1950er-Jahren hat sich in zahlreichen empirischen Studien gezeigt, dass die Familie für die politische Sozialisation der Kinder eine Schlüsselstellung hat (vgl. z. B. Jennings and Niemi 1968; Wasmund 1982; Hopf und Hopf 1997), und dass die Transmission politischer Einstellungen entscheidend vom Konsens zwischen Vater und Mutter, von der Stabilität ihrer Einstellungen, sowie von der Qualität innerfamiliärer Interaktionen abhängig ist (Klewes 1983; Tedin 1980; Jennings & Niemi 1981). Eindrucksvoll ist vor allem der konsistente empirische Befund, dass Parteiloyalitäten zuverlässiger als viele anderen Einstellungen von den Eltern auf die Kinder übertragen werden (Westholm/Niemi 1992). In einer eigenen Untersuchung konnte nachgewie-

sen werden, dass das ideologische Klima in der Herkunftsfamilie in äusserst hohem Masse die spätere politische Ausrichtung der kommunalen Exekutivmitglieder bestimmt (Geser 2010b). Im vorliegenden Falle könnte dies bedeuten, dass man vor allem bei Parteigegebenen relativ starke intergenerationelle Einflüsse findet, während die Verschiebung zu Parteilosen bedeutet, während sich Parteilose eher aus Elternhäusern, in denen keine explizite politische Sozialisation stattgefunden hat, rekrutieren. Allerdings gibt es Grund zur Annahme, dass sich bei jüngeren Kohorten eine Abnahme solch intergenerationeller Einflüsse sichtbar wird, in der sich die bekannte Verringerung familiärer Sozialisationswirkungen und die Erosion von Parteistammwählerschaften (Alemann 1996) widerspiegelt,

Einen ersten Hinweis auf intergenerationelle Sozialisationseinflüsse liefert die Frage, ob bereits die Eltern (Vater oder Mutter) der befragten Exekutivmitglieder Mitglied einer politischen Behörde waren. Aus den Zahlen wird ersichtlich dass dies im Falle der Parteipräsidenten bei den Parteigegebenen ungeachtet der Gemeindegrösse in sehr hohem Masse (45-49%) zutrifft, während der Anteil bei den Parteilosen niedriger liegt und mit wachsender Gemeindegrösse zudem stark sinkt (Tab. 6.23). Auch im Falle der gewöhnlichen Exekutivmitglieder sind es die Repräsentanten politischer Parteien, die (zumindest in Gemeinden bis zu 5000 Ew.) häufiger als Parteilose aus einem politisch bereits aktiven Elternhause stammen.

Tabelle 6.23: Waren Vater und/oder Mutter des Exekutivmitglieds bereits Mitglied einer politischen Behörde?: nach Status im Exekutivgremium und Gemeindegrösse

	Einwohnerzahl der Gemeinde									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos	Pgeb.	Plos
Präsident	49	42	49	28**	42	40	42	24*	45	11*
Gewöhnliches Mitglied	45	33**	39	31**	37	29**	36	22**	30	35
N =	442	1134	684	743	1141	472	1572	261	710	38

Die weitere Analyse ergibt, dass sich diese geringere familiäre Beeinflusstheit der Parteilosen auf beide Geschlechter erstreckt und im Verhältnis zu allen anderen Parteien sichtbar wird: mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Frauen, die sich noch etwas seltener aus politisch aktiven Milieus rekrutieren. (Tab. 6.24)

Tabelle 6.24: Prozentsatz der Exekutivmitglieder deren Vater und/oder Mutter bereits Mitglied einer politischen Behörde waren: nach Parteizugehörigkeit.

	Parteilos	Alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
Frauen	32	36	38	35	43*	30	37
Männer	32	39**	35*	42**	43**	36*	37
N =	1621	3863	1394	100	799	717	364

* $p < .05$ ** $p < .01$ (jeweils im Vergleich zwischen Parteilosen und der entsprechenden Partei)

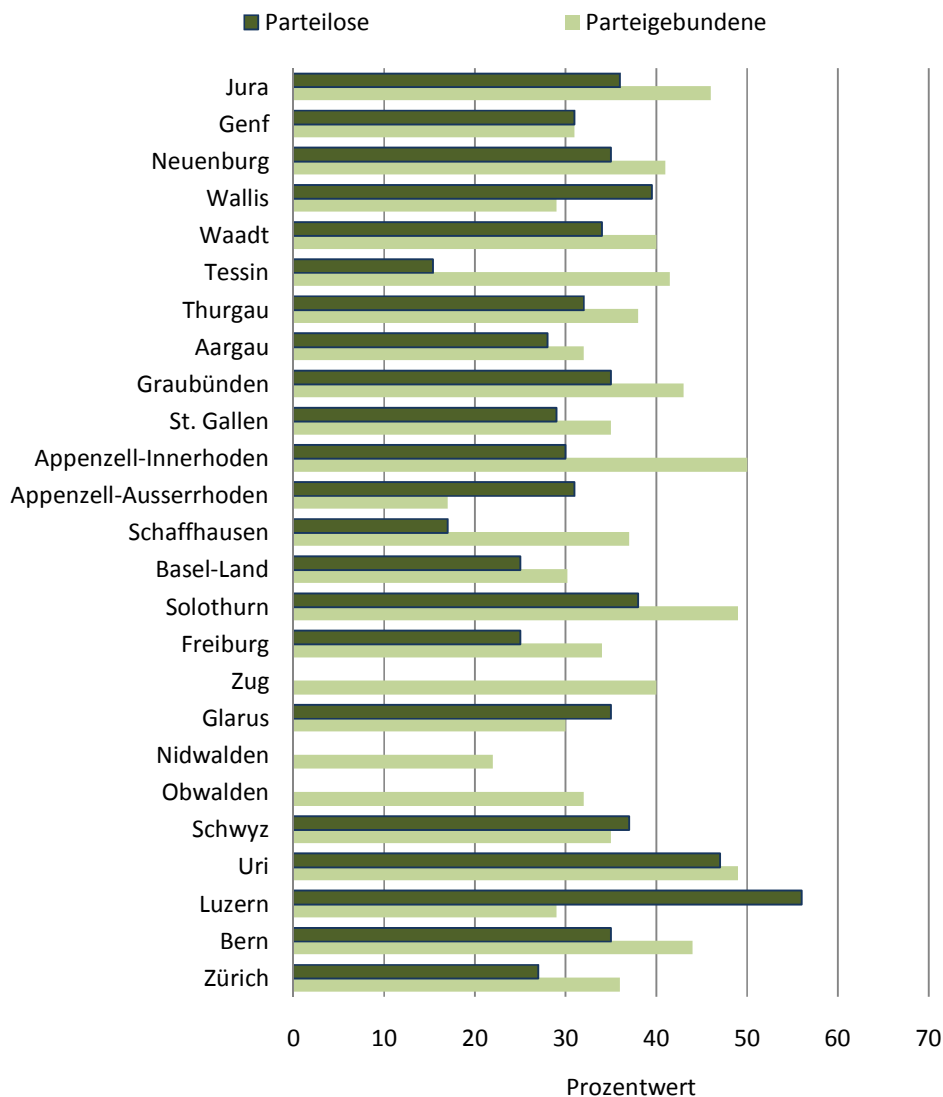
Die Vermutung, jüngere Alterskohorten würden in geringerer Masse vom Elternhaus beeinflusst, lässt sich hingegen überhaupt nicht bestätigen. Ganz im Gegenteil sind es bei Frauen und Männern die Angehörigen der jüngsten Altersgruppe (bis 34), die am häufigsten auf politisch aktive Väter oder Mütter verweisen (Tab. 6.25). Die Erklärung dafür liegt möglicherweise darin, dass die (wenigen) Personen, die sehr jung in die Politik einsteigen, die dafür nötigen Motivationen und Qualifikationen häufig im Elternhaus erworben haben, während bei „Spätberufenen“ logischerweise vom Herkunftsmilieu unabhängige, in der eigenen Biographie erworbene Erfahrungen, Werte und Zielsetzungen dominieren.

Tabelle 6.25: Prozentsatz der Exekutivmitglieder deren Vater und/oder Mutter bereits Mitglied einer politischen Behörde waren: nach Geschlecht und Altersgruppe.

	Alter									
	-34		35-44		45-54		55-64		65+	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
Frauen	55	38	37	34	36	33	34	27	37	35
Männer	45	41	40	34	40	31	36	28	32	31
N =	211	127	1003	734	1979	1013	1393	594	291	133

Aus Figur 6.7 wird ersichtlich, dass der „Vererbungsgrad“ kommunaler Behördepositionen zwischen den Kantonen auf schwer interpretierbare Weise variiert. Während in 14 Ständen die Parteilosen nachhinken (und in Genf keine Unterschiede erkennbar sind) so laufen sie in einigen eher ländlich strukturierten Kantonen (Luzern, Schwyz, Glarus, Appenzell-Ausserrhoden und Wallis) den Parteivertretern umgekehrt deutlich voraus.

Figur 6.7: Prozentsatz der Exekutivmitglieder, deren Väter oder Mütter bereits Mitglied einer politischen Behörde waren: nach Parteibindung und Kantonen



Um die ideologische Ausrichtung der politischen Sozialisation zu bestimmen, wurden die Exekutivmitglieder befragt, ob in ihrem Elternhaus eher eine bürgerliche oder eine linke Tradition (bzw. überhaupt keine ideologisch geprägte Tradition) vorherrschend war. Die Aufgliederung nach Parteirichtungen zeigt das aussergewöhnliche Ausmass, in dem dieses elterliche Milieu die spätere Parteiidentifikationen bestimmt. Fast niemand, der ein linkes Milieu erlebt hat, ist später in einer Partei der politischen Mitte oder gar des rechten Spektrums aktiv, Vielmehr sammeln sich die meisten von ihnen in den Sozialdemokratischen Gruppierungen (in denen wiederum weniger als jedes Fünfte Mitglied aus einem bürgerliche geprägten Milieu stammt) (Tab. 6.26). Die Par-

teilosen haben mit ihren bürgerlichen Kollegen gemeinsam, dass sie sehr selten eine linksideologische Sozialisation erfahren haben, unterscheiden sich aber von allen Parteigebundenen dadurch, dass fast drei Viertel von ihnen einem ideologisch nicht profilierten, „unpolitischen“ Milieu entstammen. Diese Differenzen sind in Gemeinden aller Grössenklassen erstaunlich ähnlich ausgeprägt: mit Ausnahme der grössten Kommunen (mit mehr als 5000 Ew.), wo immerhin zwei von fünf Parteilosen auf eine bürgerliche geprägte Familientradition verweisen (Tab 6.27).

Tabelle 6.26: Familiäres politisches Herkunftsmilieu der Exekutivmitglieder: nach Parteizugehörigkeit

Politische Tradition in der Herkunftsfamilie	Parteilos	alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
Bürgerl. Tradition	23	48	57	60	57	19	33
Linke Tradition	4	8	2	1	1	33	10
Keine Tradition	73	45	41	39	42	48	57
Chi2 (sign.)*		548.8 (.000)	452.7 (.000)	431.5 (.000)	335.0 (.000)	489.9 (.000)	43.04 (.000)
N =	2589	4904	1388	994	800	711	361

* Bivariater Zusammenhang zwischen Parteilosen und der jeweiligen Partei

Ebenso erstreckt sich die unpolitischere Herkunft der Parteilosen auf alle Altersgruppen: nur die im Rentenalter befindlichen Parteilosen vermehren zu über 50%, ursprünglich einem politisch geprägten Elternhaus zu entstammen (Tab. 6.28).

Tabelle 6.27: Familiäres politisches Herkunftsmilieu der Exekutivmitglieder: nach Gemeindegrösse und Parteibindung.

Politische Tradition in der Herkunftsfamilie	Einwohnerzahl der Gemeinde									
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000		5000-10000	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
Bürgerliche Tradition	50	21	50	23	48	23	44	24	49	40
Linke Tradition	6	5	8	5	8	4	8	4	7	0
Keine Tradition	44	74	42	72	44	73	47	72	44	60
N =	428	1109	652	735	1129	466	1544	259	701	46
Chi-2 (sign.)	131.73 (.000)		127.07 (.000)		109.8 (.000)		54.55 (.000)		5.84 (.027)	

In ihrer Gesamtheit unterstützen all diese Ergebnisse die Hypothese, dass mit dem verstärkten Einbezug parteiloser Exekutivmitglieder eine Ausweitung des Rekrutierungsfeldes auf politisch weniger aktive und interessierte Bevölkerungsschichten einhergehen könnte. ein Eindruck, der

im Weiteren auch in der relativ geringeren politischen Amtsmotivation parteiloser Mandatsträger (vgl. Kap. 8) eine Bestätigung findet.

Tabelle 6.28: Familiäres politisches Herkunftsmilieu der Exekutivmitglieder: nach Altersgruppe und Parteibindung.

Politische Tradition in der Herkunftsfamilie?	Alter									
	-34		35-44		45-54		55-64		65+	
	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*	Pgeb.	Plos*
Bürgerliche Tradition	46	26	48	21	45	22	50	24	52	31
Linke Tradition	15	2	7	4	7	5	8	4	10	10
Keine Tradition	39	72	45	75	48	73	42	72	38	59
N =	211	127	1003	734	1979	1013	1393	594	291	133
Chi-2 (sign.)	37.20 (.000)		153.08 (.000)		180.03 (.000)		145.41 (.000)		18.39 (.000)	

6.9 Nationale Herkunft

Auf Kantons- und Bundesebene gilt in der Schweiz durchwegs der eiserne Grundsatz, dass nur Personen mit Bürgerrecht in politische Ämter wählbar sind. Auf kommunalem Niveau wird diese Frage hingegen kontrovers diskutiert, da vor allem von linksstehenden Parteien darauf hingewiesen wird, dass zumindest langfristig anwesende Ausländer ein legitimes Interesse hätten, öffentliche Angelegenheiten im lokalen Nahbereich – die ja meist als „unpolitisch“ gelten – aktiv mitzugestalten, und dass diese Mitwirkung ihrer angezielten Vollintegration in die Schweizerische Gesellschaft dienlich sei. So haben die Jurassischen Gemeinden bereits seit Kantonsgründung die Möglichkeit, auch Ausländer(innen) in Gemeinderäte zu wählen, und in den Kantonen Appenzell-Ausser Rhoden, Graubünden, Freiburg und Waadt sind seit 1996 analoge fakultative Gesetzesbestimmungen entstanden.²

Unabhängig von solch rechtlichen Entwicklungen stellt sich die Frage nach den politischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen, unter denen Kandidaten ausländischer Herkunft allenfalls für Exekutivmandate nominiert werden oder gar in den Wahlen erfolgreich bestehen. Wenn es nämlich zutrifft, dass lokale Ämter nach wie vor überaus weitgehend in den Händen alteingesessener Bevölkerungsteile (vor allem Bauern und Gewerbetreibender) verbleiben, so wäre zu erwarten, dass nicht nur Ausländer, sondern auch neu eingebürgerte Personen mit „Migrationshintergrund“ wenig Wahlchancen besitzen.

Die intermediäre Rolle der politischen Parteien muss in diesem Zusammenhang als durchaus bivalent betrachtet werden. Auf der einen Seite können sie – bewusst oder ungeplant – als *Agenten patriotischer Abschliessung* wirken, indem sie nur Kandidaten fördern, die sich an ihre partikuläre politische Kultur assimiliert und in den informellen innerparteilichen Interaktionsnetzwerke (z. B. an Wirtshausstammtischen) Akzeptanz gefunden haben. Andererseits könnten vor allem

²Vgl. <http://www.auslaenderstimmrecht.ch/wahlen-und-abstimmungen-fuer-auslaender.php> (20. Mai 2010).

linke Parteien sich auch als Agenten der Öffnung betätigen, indem sie gezielt Kandidaten mit ausländischer

Die Zahlen der Tabelle 6.29 weisen darauf hin, dass ungeachtet der Parteibindung in über 85% der Fälle „echte Schweizer“ im engeren Wortsinne vorgezogen werden: also im Inland aufgewachsene Personen, deren beide Elternteile ebenfalls in der Schweiz geboren sind. An zweiter und dritter Stelle folgen Amtsinhaber, die aus einer Ehe mit einem ausländischen Elternteil (bevorzugt die Mutter) hervorgegangen sind. An vierter Stelle folgen genuine Immigranten, die als ausländisch geborene Kinder ausländischer Eltern zugewandert sind.³

Dahinter folgen Mandatsträger, die im geläufigen Wortsinn als „Secondos“ gelten können, da sie als Kinder eines ausländischen Elternpaares in der Schweiz geboren sind. Vernachlässigbar selten sind demgegenüber im Ausland geborene „Repat-Kinder“, die dank Schweizer Elternteile bereits seit Geburt über das einheimische Bürgerrecht verfügen. Erwartungsgemäss zeigt sich die grösste Offenheit gegenüber Migranten in einigen Kantonen der Westschweiz (Genf, Neuenburg und Waadt) und im Tessin, während in den kleinen Kantonen der deutschen Schweiz (Zug, Obwalden, Nidwalden, Appenzell-innerrhoden) nach wie vor ausschliesslich autochthone Schweizer zu finden sind,

Es fällt auf, dass Secondos und Immigranten zusammengenommen bei den Parteigebundenen nur 3.1% ausmachen, bei den Parteilosen hingegen 4.6%. Diese statistisch überaus signifikante Differenz deutet darauf hin, dass Personen mit Migrationshintergrund durch die Lokalparteien auf dem Weg zu kommunalen Ämtern eher eine Behinderung als eine Beförderung erfahren, und dass sie dementsprechend an Chancen politischer Mobilität gewinnen könnten, wenn sich die Rekrutierung immer mehr auf Parteilose verschiebt.

Tabelle 6.29: Nationale Herkunft der Exekutivmitglieder: nach eigenem Geburtsland und Geburtsland ihrer Eltern.

Eigene Geburt:	Geburt des Vaters:	Geburt der Mutter:	Parteigebundene		Parteilose	
			N	%	N	%
Schweiz	Schweiz	Schweiz	4275	87.3	2225	86.1
		Ausland	306	6.2	152	5.9
	Ausland	Schweiz	115	2.3	61	2.4
		Ausland	65	1.3	54	2.1
Ausland	Schweiz	Schweiz	18	0.4	11	0.4
		Ausland	24	0.5	11	0.4
	Ausland	Schweiz	5	0.1	6	0.2
		Ausland	89	1.8	65	2.5

Ein Vergleich nach Parteirichtungen (Tab 6.30) macht deutlich, dass alle bürgerlichen Parteien, am stärksten allerdings (erwartungsgemäss) die SVP für diese Differenzen verantwortlich sind.

³ In geringen Fällen mag es sich dabei allerdings auch um Abkömmlinge re-immigrierter Auslandschweizer handeln.

Die etwas höhere Offenheit der Sozialdemokraten scheint sich auf Secondos zu beschränken, ist aber zu wenig ausgeprägt, um die Signifikanzgrenze zu überschreiten.

Tabelle 6.30: Nationale Herkunft der Exekutivmitglieder: nach Parteirichtung (Prozentanteile).

	Parteilos	alle Parteien	FDP	CVP	SVP	SP	Lokale Gruppen
Schweizer	95.4	96.9	96.4	96.8	99.7	94.4	96.1
„Secondos“	2.1	1.3	1.5	1.3	0	3.0	1.1
Immigranten	2.5	1.8	2.1	1.9	.2	2.7	2.8
Chi2 (sign.)		10.53 (.005)	2.31 (.315)	3.51 (.173)	32.70 (.000)	2.00 (.367)	1.63 .442
N =	2589	4904	1388	994	800	711	361

Tabelle 6.31 schliesslich gibt Antwort auf die Frage, ob den Migranten generell alle Ressorts offenstehen, oder ob ihnen bevorzugt gewisse Funktionen innerhalb der Exekutive zugewiesen werden. Es fällt auf, dass Secondos und Primärimmigranten ungeachtet ihrer Parteibindung prozentual überdurchschnittlich häufig im Sicherheits- und Gesundheitsressort zu finden sind. Parteilose Immigranten scheinen besondere Mühe haben, das Präsidentenamt oder das Schlüsselressort der Finanzen (und bei Parteibindung das Bauwesen) zu erreichen, während ihnen das Sozialwesen in besonderem Masse offensteht. Umgekehrt bleibt die Leitung der Gemeindewerke bei den Parteigebundenen überdurchschnittlich häufig in Schweizer Hand.

Tabelle 6.31: Verteilung der geborenen Schweizer, der Secondos und der Immigranten auf verschiedene Ressorts

	Schweizer		„Secondos“		Immigranten	
	Parteigeb.	Parteilose	Parteigeb.	Parteilose	Parteigeb.	Parteilose
Präsident	20.5	20.6	22.6	14.0	16.9	8.5
Finanzen	20.5	21.4	9.7	22.8	19.3	14.1
Bauwesen	23.7	25.2	25.8	24.6	15.7	23.9
Werke	19.5	24.7	6.5	19.3	14.5	19.7
Sicherheit	13.7	16.1	16.1	19.3	24.1	23.9
Soziales	18.6	20.9	17.7	33.3	30.1	33.8
Bildung	15.0	16.9	22.6	28.1	16.9	19.7
Gesundheit	13.7	16.1	16.1	19.3	24.1	23.9
N =	4750	2470	65	54	89	65

6.10 Schlussfolgerungen

Wenn in grösseren Städten, Provinzen oder Ländern machtvolle (und entsprechend begehrte) Exekutivpositionen zu besetzen sind, wird ein Rückzug der Parteien unweigerlich zu einer Einengung des Rekrutierungsfeldes führen., weil sich nur noch sehr reichte (und gleichzeitig höchst motivierte) Kandidaten die grossen Wahlkampfausgaben leisten können. Auf diese Weise ist es etwa dem Multimilliardär Ross Perot gelungen, im amerikanischen Präsidentenwahlkampf von 1992 immerhin fast 19 Stimmenprozente zu erzielen.

Im Gegensatz dazu sind nebenamtliche Exekutivsitze in Schweizer Kleingemeinden weder besonders attraktiv, noch sind aufwendige Wahlkampagnen notwendig, um ein Mandat zu gewinnen. Hier ziehen sich die Parteien zurück, weil sie im engeren Feld ihrer politisch aktiven Mitglieder keine hinreichend motivierten und qualifizierten Kräfte (mehr) finden: so dass sie das Rekrutierungsfeld kampflos breiteren Bevölkerungsschichten überlassen – und dadurch die Kanäle politischer Mobilität für vielerlei Personen öffnen, die bisher wenig oder keine Wahlchancen hatten.

So erstaunt es nicht, dass der Frauenanteil unter den Parteilosen höher liegt als in allen bürgerlichen Parteien – ohne allerdings das Niveau linker Parteien, die seit langem explizite Frauenförderung betreiben, zu erreichen. So erhöht sich durch den Trend zur Parteilosigkeit vor allem der Frauenanteil in kleineren Gemeinden, in denen häufig keine sozialdemokratischen Sektionen bestehen.

Dieselbe Verbreiterung der Aufstiegswege führt *zweitens* dazu, dass – zumindest in kleinen Gemeinden – auch jüngere (d. h. im Durchschnitt politisch noch weniger erfahrene) Bewerber einbezogen werden: eine Tendenz, die Frauen und Männer in gleicher Weise betrifft.

Drittens stellt man fest, dass Parteilose häufiger als Parteigebundene aus relativ niedrigen Bildungsschichten stammen. Allerdings sind diese Differenzen weitgehend auf die hohe Akademikerquote bei der FDP und der SP zurückzuführen, während im Vergleich zur CVP und SVP kaum Unterschiede bestehen. Mit den Sozialdemokraten teilen die Parteilosen wiederum das Merkmal, dass relativ viele Mandatsträger in ihrem Hauptberuf keine Vorgesetztenrolle innehaben (bzw. dem unteren Kader angehören), während Inhaber höherer Kaderpositionen in geringerem Umfang als in allen bürgerlichen Parteien vertreten sind.

Viertens hat sich gezeigt, dass mit dem Rückzug der Lokalparteien auch die autochthonen, von Geburt an am ort ansässigen Bevölkerungsgruppen ihren bisher privilegierten Zugang zu den kommunalen Exekutivämtern verlieren. Vor allem im Vergleich mit den Vertretern der SVP und der CVP handelt es sich bei den Parteilosen viel häufiger um Personen, die erst als Erwachsene in der Gemeinde wohnhaft geworden (bzw. gar erst vor weniger als fünf Jahren zugezogen) sind. Während von den parteilosen Männern immerhin noch 35% seit Kindheit in der Gemeinde wohnhaft waren, sinkt diese Quote bei den Frauen auf 13%. Ebenso scheinen auch Immigranten und Angehörige der zweiten Einwanderergeneration („Secondos“) etwas bessere Wahlchancen zu haben, wenn sie als Parteilose ausserhalb der etablierten (bürgerlichen) Parteien kandidieren.

Fünftens schliesslich erweist es sich, dass Parteilose Ratsmitglieder sehr viel häufiger aus unpolitischen Milieus stammen: mit Vätern und Müttern, die selber nie einer politischen Behörde angehörten und ihnen keine explizite politische Einstellung vermittelt haben.

Die meisten dieser Regularitäten lassen sich landesweit in allen drei Sprachregionen und den meisten Kantonen konstatieren. Zu den Ausnahmen gehören die Befunde, dass Westschweizer Kantone besonders viele parteiungebundene Mandatsträger aus niedrigen Berufsgruppen aufweisen und dass parteilose Bewerber im Tessin geringe Wahlchancen haben, wenn sie dem weiblichen Geschlecht oder einer jüngeren Altersgruppe angehören.